Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

165 (18.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 165 | Montag, den 18. Juli 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Ueber den freiwiillgen Arbeitsdienst ist am Samstag eine neue Verordnung von der Reichsregierung herausgegeben worden, die im Rundfunk von Reichsarbeitsminister Schäffer erläutert wurde.

*

In Genf wurde eine Abmachung über eine österreichische Anleihe von 300 Millionen Gulden unterzeichnet, Deutschland enthielt sich der Stimme.

*

Die deutsche Regierung verhandelt mit Oesterreich über die Gewährung einer Anleihe, deren Umfang noch nicht feststeht, voraussichtlich 10 Millionen RM.

*

Bei den Beratungen des Reichskabinetts wurde beschlossen, in Genf unbedingte Gleichberechtigung Deutschlands zu fordern; ferner wurden die innerpolitischen Fragen besprochen.

*

Bei einem Ueberfall, den Kommunisten auf einen Lastwagen mit Nationalsozialisten machten, mußte Reichswehr zur Ueberwachung der gestellten Kommunisten eingesetzt werden.

*

Deutschland siegte im Tennis in der Schlußrunde des Europapokals gegen Italien in Mailand und muß nun in Paris gegen Amerika antreten.

*

Bei einem Aufmarsch der Nationalsozialisten in Altona kam es am Sonntag nachmittag zu blutigen Zusammenstößen mit Kommunisten. Die Kommunisten beschossen aus den Häusern und von den Dächern den Zug. Soweit bisher feststeht, haben die Schießereien 12 Tote und 54 Verletzte gefordert. An einer anderen Stelle errichteten die Kommunisten aus umgestürzten Fuhrwerken und Steinen Barrikaden, von denen aus sie die Polizei beschossen. Die Polizei mußte mit der Waffe in der Hand die Barrikaden stürmen.

*

Auch im übrigen Reiche kam es zu zahlreichen Zusammenstößen. In Berlin wurde ein S.A.-Mann bei einem Handgemenge mit Kommunisten erschossen. Weiter kam es zu Zusammenstößen in Bochum, Remscheidt, Fürstenwalde, Barmen, Gladbach-Rheidt und am Hermannsdenkmal bei Detmold.

*

Auf dem Bahnhof in Hagen ereignete sich beim Zusammenkoppeln von Personenwagen an einen besetzten Personenzug ein schweres Unglück. Drei Personen wurden schwer, 10 leicht verletzt.

*

Der Wahlkampf wurde am Sonntag mit zahlreichen Reden von führenden Mitgliedern der verschiedenen Parteien fortgeführt. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sprach in Ludwigshafen und Frankfurt a. M., Stegerwald sprach in Essen. In Kundgebungen der Eisernen Front sprachen Innenminister Severing in Kiel, der Reichsbannerführer Höltermann in Magdeburg, Reichstagspräsident Löbe in Itzehoe. In Königberg i. Ostpr. fand ein Aufmarsch der S.A. statt, bei der Hitler sprach. Weitere nationalsozialistische Kundgebung wurden in Wittenberg, Eberswalde, Julingen (Prov. Hannover) abgehalten. Es sprachen General Litzmann, Dr. Goebbels, Gregor Strasser. Der Führer der Deutschnationalen sprach am Sonntag nachmittag auf der Rennbahn Raffelberg bei Mülheim zu den deutschnationalen Jugendorganisationen.

Allgemeines Verbot von Kundgebungen und Aufzügen unter freiem Himmel

T.U. Berlin, 18. Juli. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird der Reichsinnenminister noch im Laufe des heutigen Tages ein allgemeines Verbot von Kundgebungen und Aufzügen unter freiem Himmel für das gesamte Reichsgebiet verhängen.

Dynamitzug in die Luft geflogen

Acht Tote

T.U. **London,** 17. Juli. Bei Leuwdoorns, 250 Kilometer von Johannisburg (Südafrika) entfernt, flog ein Eisenbahnzug, der aus 32 mit Dynamit beladenen Wagen bestand, in die Luft. Acht Personen wurden getötet. Der Bahndamm wurde vollständig zerstört.

Die neue Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 17. Juli. In einer Verordnung vom Samstag hat die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst neu geordnet. Den Gegenstand und Zweck bezeichnet die Verordnung mit den Worten: **„Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen."**

Nach dem Inhalt der Verordnung müssen die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützig und zusätzlich sein. Sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit die Vereinigungen in Betracht, die sich im besonderen Maße für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes. In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bedacht werden, und zwar von diesen wieder besonders Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitstehenden Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefaßt und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen. Der Reichskommissar wird von Bezirkskommissaren unterstützt. **Als Reichskommissar ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in Aussicht genommen.** Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen, vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung. Das Nähere wird durch eine Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geregelt, die in Kürze erscheint.

Mit der Verordnung verbindet die Reichsregierung die folgende Erklärung:

„Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 16. Juli dem freiwilligen Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben. Sie behält sich vor, diese entwicklungsfähige und förderungswürdige Einrichtung unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten. Das Gutachten wird der Oeffentlichkeit zur Beurteilung zugehen."

Minister Schäffer erläutert

Im Rundfunk sprach am Samstag abend Reichsarbeitsminister Schäffer über die Notverordnung. Der Minister umriß den Begriff der neuen Einrichtung, wobei er die Gemeinnützigkeit und die Zusätzlichkeit der Arbeit besonders hervorhob. Der Arbeitsdienst erstreckt sich auf Arbeiten, die sonst weder jetzt noch in absehbarer Zeit vorgenommen werden könnten. Der Zweck ist Verminderung, nicht Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Der von der Reichsregierung gestellte Leiter wird aufmerksam darüber wachen, daß die dem freiwilligen Arbeitsdienst gezogenen Grenzen eingehalten werden. Arbeiten, die jenseits dieser Grenzen liegen, werden weder vom Reich noch von der Reichsanstalt gefördert.

Beispiele für die gedachten gemeinnützigen und zusätzliche. Arbeiten

sind: Die Anlage und Verbesserung von Dorfstraßen, Feld- und Waldwegen, die Ausrichtung kleiner Flußläufe, Befestigung und Schutz der Ufer von Bächen und Flüssen, Gewinnung und Verbesserung von Boden durch Kultivierung von Moor und Heide für Acker und Gartenbau, Zuschüttung von Sümpfen und Altwässern, Aufforstung von Oedländern, ferner Abräumungsarbeiten zur Erschließung von Steinbrüchen, Kies- und Sandgruben, Planierung und Urbarmachung von Siedlungsgelände u. a. m. Notstandsarbeiten als solche sind im allgemeinen nicht Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes, besonders nicht der Bau von Land- und Wasserstraßen, die Errichtung von Stauwerken, die Eindeichung, Ent- und Bewässerungen in großem Umfange. Es wird aber unter Umständen zulässig und zweckmäßig sein, in räumlicher und zeitlicher Trennung zur Vorbereitung von Notstandsarbeiten Erdbewegungen im freiwilligen Arbeitsdienst zu bewirken.

Träger der Arbeit

die für die finanzielle und technische Durchführung aufkommen, eignen sich vorzüglich die öffentlichen Körperschaften, also die Länder für die Forstwirtschaft, die Provinzen für ländliche Siedlung und Wasserwirtschaft, die Landkreise für die Verkehrsverbesserung, Stadt- und Landgemeinden für gemeinnützige Maßnahmen in ihrem Bereich, besonders für die Herrichtung von Siedlung und Kleingartenland. Träger der Arbeit können auch Genossenschaften sein (Meliorations-, Wasser-, Weide-, Deich-, Feldbereinigungsgenossenschaften, gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaften usw.). Als Träger der Arbeit haben sich auch bewährt konfessionelle Organisationen und charitative Verbände, vorwiegend für die innere Kolonisation (Umsiedlung aus der Stadt auf das Land), ferner für die Jugendfürsorge und Wohlfahrtspflege. Beteiligt sind auch die Jugend- und Sportverbände, Jungmänner- und Gesellenverein. Fast ein Drittel aller Arbeiten haben diese Verbände als Träger selbst durchgeführt. Für den Begriff des freiwilligen Arbeitsdienstes ist Arbeit im gemeinsamen Dienst wesentlich. Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang an die bereits geleisteten Arbeiten des Jungdo, des Stahlhelms, des Reichsbanners, des überparteilichen Heimatwerkes in Südwestdeutschland und in Hessen und des katholischen Heimatwerkes in Köln.

Der Dienst steht besonders auch den Studenten und Bauersöhnen offen. Berücksichtigt werden in der Hauptsache die Arbeitsklassen unter 25 Jahren. Für volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten kann die Dauer der Förderung bis zu 40 Wochen verlängert werden. Für volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten können den Arbeitsdienstpflichtigen Gutschriften für Siedlungszwecke erwirkt werden. Reich und Reichsanstalt stellen bis jetzt im ganzen 55 Millionen RM. bereit. Von der Reichsanstalt wird besonders erwartet, daß sie mindestens die Mittel freigibt, die sie an Unterstützungen in der Arbeitslosenversicherung damit erspart. Die Aufsicht über den Arbeitsdienst führt das Reichsarbeitsministerium.

Beratungen im Reichskabinett

Deutschland fordert unbedingte Gleichberechtigung in Genf

Berlin, 17. Juli. Das Reichskabinett hat den ganzen Samstag über Beratungen abgehalten, die sich mit den verschiedensten Dingen beschäftigten. Im Vordergrund der **Beratungen** standen **die außenpolitischen Probleme.** Da ist zunächst der Konsultativpakt, der für einige Zeit Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen Berlin und London sein wird. Rückfragen über die Bedeutung und den Ursprung dieses Paktes sind bereits in die Wege geleitet. Dann aber steht auf außenpolitischem Gebiet die **Abrüstung** im Vordergrund. Zwischen Berlin und Genf findet ein ununterbrochener telegraphischer und telephonischer Verkehr statt. **Hier will man uns mit aller Gewalt die Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet vorenthalten.** Auf der Gegenseite machen sich sogar Tendenzen bemerkbar, nicht nur eine für uns unbefriedigende Schlußformel auszuhandeln, sondern auch darauf zu verzichten, daß die Abrüstungskonferenz wieder zu einem bestimmten Zeitpunkt zusammentritt. **Die Reichsregierung hat unserer Delegation die Anweisung erteilt,** unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Konferenz noch in diesem Herbst wieder zusammentritt, gleichzeitig aber **keinen Zoll breit von unserer Forderung nach Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abzugehen.** Die Franzosen haben sich bisher hartnäckig gezeigt. Ihr Widerstand wird sich aber in den nächsten Wochen weiter verstärken, da Herriot und Paul Boncour am Montag in Genf eintreffen wollen. Es ist anzunehmen, daß der deutsche Delegationsführer Nadolny bereits den übrigen Regierungsvertretern auseinandergesetzt hat, daß wir nicht nur gegen eine uns nicht befriedigende Schlußresolution Einspruch erheben, sondern überhaupt unsere weitere Mitwirkung einstellen werden. Diese Drohungen haben bisher in Genf erreicht, daß man sich nicht kurzerhand auf den englischen oder tschechischen Vorschlag geeinigt hat, sondern sich weiter bemüht, eine neue Formel zu finden. Obwohl in Genf eine äußerst ernste Situation herrscht, hat die Reichsregierung davon Abstand genommen, den Kanzler oder den Außenminister zu entsenden. **Nadolny ist mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet. Er wird allein die Verhandlungen fortführen.**

Sodann wurde auch über die **Osthilfe** gesprochen. Dabei einigte man sich darauf, den Präsidenten zu bitten, im Verordnungswege **auch die ostbayerischen Gebiete in die Osthilfe einzubeziehen.** Man ist sich aber immer noch nicht darüber einig geworden, welche Beträge vom Reich unter Umständen zur Verfügung zu stellen sind. Man hat sich dann weiterhin mit der künftigen Wirtschaftspolitik befaßt. Bekanntlich will die Reichsregierung noch vor den Wahlen mit einem konstruktiven Wiederaufbauplan herauskommen. Der Reichswirtschaftsminister hat bereits gewisse Vorschläge gemacht, die aber noch in ihren Hauptpunkten sehr eingehend auf ihre Auswirkungen weiter durchberaten werden. In diese Absichten spielt auch noch die **Arbeitsbeschaffung** hinein, unter die noch nicht der Schlußstrich gezogen ist.

Es hat dann noch die **Reise nach Neudeck** eine besondere Rolle gespielt. Das Kabinett soll sich in der nächsten Woche noch einmal mit der inneren Lage befassen. Ob man aber dann schon übereinkommen wird, von den gegebenen Vollmachten Gebrauch

zu machen, läßt sich im Augenblick nicht erkennen. Wenn es in den nächsten Tagen zu Beschlüssen der Regierung kommt, dann kann es sich dabei nur um die **Verhängung des Ausnahmezustandes**, also die Vereinigung der Machtmittel des Staates in einer Hand handeln. **Im Reichsministerium des Innern sind bereits für diesen Fall längst alle Vorbereitungen getroffen worden.** Es würde dann einer Notverordnung des Präsidenten bedürfen, wenn der innere Unfriede es unvermeidlich erscheinen läßt.

Wahlrede Dr. Hugenbergs

Mülheim a. Ruhr, 17. Juli. Auf einer deutschnationalen Jugendkundgebung hielt Dr. Hugenberg eine Rede, in der er u. a. ausführte: Er habe selbst auf die Gefahr hin, seiner Partei damit zu schaden, 1929 im Kampfe um den Youngplan der damals noch kleinen nationalsozialistischen Partei die Hand gereicht. **Deutscher Nationalismus müsse den Vorrang vor deutschem Idealismus haben.** Das sei der Satz, in dem er mit dem Nationalsozialismus übereinstimme. Bei der Lösung der geschichtlichen Aufgabe, die innere nationale Einheit des deutschen Volkes zu schmieden, marschierten die Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten. Es werde ein hohes politisches Verdienst Hitlers sein, wenn es ihm gelinge, die Massen innerlich umzukneten. Mehr und mehr steige aber bei den Deutschnationalen eine schwere Sorge auf. Sie müßten sich um des Vaterlandes willen mit den Nationalsozialisten auseinandersetzen u. mit rücksichtsloser Kraftanstrengung das Ihrige tun, um die gefürchtete Entwicklung nicht Tatsache werden zu lassen. **Darum müsse er auch in dem Wahlkampf die Deutschen bitten, nicht nationalsozialistisch, sondern deutschnational zu wählen.**

*

Wahlaufruf der Deutschen Staatspartei

Berlin, 17. Juli. Die Leitung der Deutschen Staatspartei erläßt einen Wahlaufruf, der sich nach scharfen Angriffen auf die Regierung gegen die Nationalsozialisten wendet und die deutschen Männer und Frauen und die deutsche Jugend auffordert, mittels Stimmzettel dafür zu kämpfen, daß die Politik der Befreiung und Gleichberechtigung der deutschen Nation willenskräftig fortgesetzt werde, daß die Macht vom Staat ausgeübt werde und nicht von uniformierten Privatsoldaten einzelner Parteiführer.

*

Der Stahlhelm zu den Reichstagswahlen

Berlin, 17. Juli. Die Bundesführer des Stahlhelms (B.d.F.) erlassen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Verlautbarung:

Zu den am 31. Juli stattfindenden Reichstagswahlen erklären wir wie bei allen großen Wahlen: Wahlpflicht ist Vaterlandspflicht. Jeder Stahlhelmkamerad wählt eine Liste der nationalen Bewegung. **Um aber schädliche Splitterungen zu vermeiden, empfehlen wir den Kameraden, sich für eine der beiden großen, in ihrem Hochziel einigen nationalen Parteien, für die NSDAP. oder für die DNVP., also für Liste 2 oder 5, zu entscheiden.**

Wahleifer — Wahlmüdigkeit

Ueber 44 Millionen Wahlberechtigte

Im Gegensatz zu allen vorhergehenden Wahlen, die von einer tiefen inneren Erregung des deutschen Volkes begleitet waren, zeigt sich vor den Reichstagswahlen am 31. Juli deutlich eine große Wahlmüdigkeit. Diese Feststellung erscheint vielleicht überraschend, wenn man demgegenüber auf die schweren, täglich sich ereignenden blutigen Zusammenstöße verweist. Aber man darf nicht vergessen, daß diese gewaltsamen Auseinandersetzungen meistens zwischen den aktiv auf der äußersten Rechten bezw. auf der äußersten Linken Tätigen ausgetragen werden, die durch eine maßlose Agitation gegeneinander schon in furchtbarster Weise aufgehetzt sind. Die große Masse der Wähler dagegen, auch die der rechten und linken Flügelparteien, die nicht auf der Straße marschieren, sind zweifellos durch die vielen Wahlkämpfe der letzten Monate und Wochen stark abgestumpft.

Diese Erkenntnis hat denn auch die Parteileitungen dazu veranlaßt, durch besondere Schärfe des Tones das nachlassende Interesse noch einmal anzufeuern. Denn eines ist sicher: Wenn diese Wahlen vorüber sind, ist es ausgeschlossen, wiederum wie es vorher der Fall war, nach kurzer Zeit neue Wahlen auszuschreiben.

Zur Wahlmüdigkeit trägt zweifellos auch der Termin, auf den die Wahlen und die Wahlvorbereitungen fallen, bei. Hunderttausende von Deutschen befinden sich auf der Urlaubsreise. Wenn es auch im Ferienaufenthalt häufiger als in früheren Jahren vorkommt, daß die sonst einträgliche Stimmung durch eine heftige politische Diskussion gestört wird, will jeder Reisende seine Ruhe haben und ist schon von selbst zurückhaltender, als es vielleicht in der Stadt der Fall gewesen wäre.

Es ist denkbar, daß die Wahlen diesmal durch die Wahlmüdigkeit sehr stark beeinflußt werden und es vielfach zu ganz überraschenden Resultaten kommt. Wäre nicht die ehemalige bürgerliche Mitte schon sehr stark aufgerieben, so hätte man mit empfindlichen Stimmverlusten rechnen müssen, da eine alte Erfahrung lehrt, daß gerade die Wahlfaulheit bei den Mittelparteien sehr groß ist, während die extremen Parteien ihre Wähler viel besser im Zug haben. In Wirklichkeit spielt sich diesmal der Kampf jedoch nur zwischen den großen Parteien der Rechten und der Linken ab, bezw. es geht um die Schlüsselstellung des Zentrums, so daß man schwer voraussagen kann, welche der Gruppen am meisten unter dem Nachlassen der Wahltätigkeit zu leiden haben. Ebenfalls ist nicht zu übersehen, ob die Wahlbeteiligung auf dem Lande wieder so groß sein wird, wie es bei den letzten Wahlen der Fall war. Denn infolge der tropischen Hitze ist damit zu rechnen, daß die Ernte erheblich früher beginnt und der Bauer, der mit der Erntearbeit beschäftigt ist, hat in solchen Zeiten nicht viel Sinn für Wahlen.

Dieses und ähnliche Motive müssen von den Parteileitungen, deren Wählerschaft sich aus bestimmten Berufsgruppen der Bevölkerung hauptsächlich zusammensetzt, besonders berücksichtigt werden. Es gibt eigentlich nur eine wesentliche Hilfe, ein kräftiges Rühren der Trommel, und so ist damit zu rechnen, daß die Wahlpropaganda auch noch in der nächsten Woche an Stärke von Tag zu Tag zunimmt.

Der Höhepunkt der Wahl wird sich jedoch voraussichtlich nicht in den letzten großen Versammlungen in der Woche vor den Wahlen ausprägen, sondern man mißt den Schlußreden der Führer der einzelnen Parteien im Rundfunk diesmal eine besondere Bedeutung zu. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Entwicklung zu begrüßen, da damit der Wahlkampf sich weniger auf der Straße abspielt, als vielmehr die Propaganda direkt im Haushalt jedes Einzelnen stattfindet. Von einem Nachlassen des Wahleifers ist nur bei einer bestimmten Schicht der Bevölkerung nichts zu bemerken, bei den Jugendlichen der einzelnen Parteien, die sich mit äußerster Hingebung in den Dienst ihrer Parteiorganisationen stellen. Sie können es nicht begreifen, daß es eine Wahlmüdigkeit geben soll, aber es scheint doch unwahrscheinlich, daß die hohen Prozentziffern der zweiten Reichspräsidentenwahl erreicht werden. Die Zahl der Stimmabgaben dürfte allerdings kaum wesentlich sinken, da die Zahl der Stimmberechtigten infolge der Umschichtung im Alter der Bevölkerung weiter gestiegen ist und mit 44 Millionen Wahlberechtigten zu rechnen ist. Bei einer 80prozentigen Wahlbeteiligung würden demnach über 35 Millionen Stimmen abgegeben werden, d. h. in den neuen Reichstag werden schätzungsweise 560 bis 600 Abgeordnete einziehen.

Wiener Presse zu dem Lausanner Anleiheprojekt

Wien, 16. Juli. In der Besprechung des Lausanner Anleiheprojektes weisen die Blätter in zum Teil recht scharfer Weise auf die **drückenden politischen und finanziellen Bedingungen hin**, die mit der Anleihe verknüpft sind. Dabei steht die Erörterung der Ausdehnung des wirtschaftlichen und finanziellen Anschlußverbotes bis 1952, wie überhaupt die Anschlußfrage, im Vordergrund.

Die **„Reichspost“** begegnet von vornherein allen kritischen Stimmmen mit dem Hinweis darauf, daß das Hindernis für den Anschluß schon in den Verträgen von Versailles und St. Germain liege.

Demgegenüber schreiben die großdeutschen **„Wiener Neuesten Nachrichten“**, Dr. Dollfuß habe den Vertrauensvorschuß, welchen man ihm gewährte, in einem noch nicht dagewesenen Ausmaße mißbraucht. Dies drohe Oesterreich in eine nationale Katastrophe zu stürzen.

In der **„Arbeiterzeitung“** heißt es: Nur um den Kredit zu bekommen, unterwerfen wir uns für viele Jahre der drückenden Kontrolle ausländischer Regierungen und geben für zwei Jahrzehnte jede Möglichkeit nicht nur des politischen, sondern auch des wirtschaftlichen Anschlusses an Deutschland auf. Wir verschachern für lumpige paar Millionen, welche uns gerade für einige Monate das Fortwirtschaften ermöglichen, unsere Freiheit.

Die nationalsozialistische „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ bezeichnet das Anleiheprotokoll als einen Verkauf Oesterreichs an Frankreich.

Die **„Neue Freie Presse“** meint, die Freude an der Anleihe sei keineswegs ungetrübt. Es bleibe ein Gewissenskonflikt ersten Ranges, der dem österreichischen Parlament aufgebürdet werde.

*

Organisiertes Vertrauen? — Merkwürdige Auslegungen des „Konsultativ-Paktes“

T.U. **London**, 16. Juli. Zu der Frage, ob auch anderen europäischen Ländern als Italien, Belgien und Deutschland der Beitritt zum englisch-französischen Vertrauensabkommen offen stehe, die von dem englischen Außenminister wie auch Herriot im bejahenden Sinne beantwortet wurde, äußert man sich in politischen Kreisen Londons dahin, daß es falsch wäre, auf diese „formelle Aussage“ allzu großen Wert zu legen. Es handele sich nicht darum, eine neue feste Organisation zu schaffen, sondern die Hauptbedeutung des Abkommens liege darin, daß die beteiligten fünf Hauptmächte sich verpflichtet hätten, bezw. verpflichten würden, für die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage und für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz „eine Methode gemäß der Lausanner Aussprache“ zu vereinbaren, die sich im Falle der deutschen Reparationen in Lausanne bestens bewährt habe. Es sei natürlich offensichtlich, daß, falls sich die Methode der gegenseitigen informellen Aussprache bewähre, die einmal auch auf Zölle Anwendung finden könne, auf die sie bei Abfassung des Textes noch nicht gemünzt war, von Fall zu Fall die Heranziehung von jeweils interessierten, jetzt aber noch außerhalb stehenden Staaten gerechtfertigt und vielleicht auch erwünscht erscheinen könne.

Auf die Frage, ob auch gegebenenfalls ein Beitritt Rußlands möglich sein werde, drücken die zuständigen Stellen in London die Ansicht aus, daß bei der ursprünglich herrschenden Auffassung hieran wohl nicht gedacht worden sei, da Rußlands Interessen zum großen Teil außerhalb Europas lägen. Der Beitritt Rußlands sei also ein Problem theoretischer Natur für die Zukunft und werde, wenn es jetzt aufgeworfen würde, nur den tatsächlichen ursprünglichen praktischen Zweck des Vertrauensabkommens vereiteln.

Der praktische Zweck des „Vertrauensabkommens“ schmilzt durch diese Auslegung immer mehr zusammen. Abgesehen davon, daß es angesichts der Haltung Herriots gegenüber den politischen Fragen der Diskrimierung in Lausanne sehr zweifelhaft erscheint, ob die „Methode des Vertrauens“ sich bewährt hat, ist nicht ersichtlich, wodurch sich der Pakt überhaupt noch rechtfertigen soll. Vertrauen läßt sich durch die praktische Anerkennung der nationalen Lebensnotwendigkeiten sehr wohl herstellen, nicht aber theoretisch organisieren.

WAS!? Sie sind Rundfunkhörer und kennen den SÜDFUNK nicht?

Verlangen Sie sofort kostenl. Probenummer mit dem Programm für die nächste Woche.

Kostenlose und beitragfreie **UNFALL-VERSICHERUNG** für Abonnenten und deren Ehegatten zu je RM.1000.–, also insgesamt **RM. 2000.–**

AUSSCHNEIDEN!

Als Drucksache an den Verlag SÜDFUNK, Stuttgart, Tagblatt-Turmhaus, 7. St., senden!

Ich verlange kostenlose Probenummer

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Verzeihung, gnädige Frau, daß ich mich einmische, ich bin Kriminalkommissar Fränkel und beruflich hier. Frau Brennert hat Ihnen die Wahrheit gesagt, es ist tatsächlich nicht angängig, daß Sie Herrn von Wemblin sehen. Ich darf Sie vielleicht bitten, sich in dieses Zimmer zu bemühen und werde Ihnen jede gewünschte Auskunft geben.“

„Was geht denn hier vor?“

„Bitte, Frau Geheimrat!“ forderte Fränkel sie nochmals auf, die Tür weit öffnend.

Frau Geheimrat von Schloheim-Wedell folgte nunmehr der Aufforderung.

Nachdem Fränkel sich unterrichtet und erfahren, daß er die Mutter Anitas vor sich habe, enthüllte er ihr, was sich zugetragen.

„Aber das ist ja entsetzlich!“ rief die Geheimrätin konsterniert aus. Immer wieder schüttelte sie wie nicht verstehend den Kopf, dann brach sie in den Ausruf aus: „Daß ich ihn nicht mehr lebend antreffe, um ihn zur Rede stellen zu können, ist wirklich katastrophal.“

„Wegen was wollten Sie ihn denn zur Rede stellen?“ erkundigte sich Fränkel aufhorchend.

„Das kann Sie eigentlich nicht weiter berühren.“

„Ich bitte Sie trotzdem, es mir zu sagen.“

Widerwillig fand sich die Frau Geheimrat bereit, Fränkel zu erzählen, was sich gestern nachmittag im Park von Klein-Dolchow abgespielt hatte.

„Es steht fest, daß mein Schwiegersohn von Herrn von Wemblin die Kunde erhielt, daß meine Tochter sich mit diesem Herrn Lauffenberg in dem Pavillon treffen werde. Das Tollste daran aber ist, daß diese Zusammenkunft erst auf seine Veranlassung hin geschah!“

„Auf Veranlassung des Herrn von Wemblin?“

„Ja freilich! Er hat meine Tochter angeblich im Auftrage Lauffenbergs — was dieser bestreitet — unausgesetzt bestürmt, diesem unter allen Umständen ein Wiedersehen zu gewähren. Dummerweise hat sie sich dazu bereitgefunden. Uebrigens behauptet Lauffenberg noch, von meiner Tochter durch Wemblin zu der Zusammenkunft aufgefordert worden zu sein, was nie und niemals der Fall gewesen ist. Eine ganz irrsinnige Geschichte, Herr Kommissar, und Sie werden es verstehen, wenn ich ziemlich aufgebracht hierher komme, um die Wahrheit zu erforschen, die wahrscheinlich, meiner persönlichen Ueberzeugung nach, die sein wird, daß Lauffenberg der Alleinschuldige ist.“

„Wieso denken Sie das, gnädige Frau?“

„Sehr einfach deshalb, weil Wemblins ganzes Verhalten meiner Tochter gegenüber nicht zu einer Schlechtigkeit paßt, wie sie geschehen ist.“

„Sie sagten doch aber, daß feststeht, Wemblin habe Ihren Schwiegersohn unterrichtet, daß das Zusammentreffen stattfindet.“

„Gewiß, das ist ja eben der einzige dunkle Punkt für mich! Sie müssen wissen, Herr Kommissar, daß Wemblin sich rein umgebracht hat, um meiner Tochter das Leben auf dem Lande so angenehm wie nur möglich zu machen. So hat er, nur um ein Beispiel herauszugreifen, weil sie gern Tennis spielt und ihr Gatte weniger Neigung dafür besitzt, auf seinem Gute, das nicht weit entfernt ist, einen Tennisplatz für sie anlegen lassen.“

„Das ist allerdings eine große Gefälligkeit und Aufmerksamkeit Ihrer Frau Tochter gegenüber.“

Die Frau Geheimrat nickte leicht. Ein Glücksschimmer, gemischt aus Mutterstolz und fraulicher Eitelkeit, zeigte sich auf ihrem Gesicht.

„Nun ja, ist aber durchaus verständlich. Meine Tochter ist eine charmante Persönlichkeit, die überall, wo sie auch hinkommt, eine starke Anziehungskraft ausübt. Daß sie einen Mann wie Wemblin begeisterte, ist für mich gar nicht weiter verwunderlich. Seit zwei Jahren lebte er bei seinem Vetter, ganz von diesem abhängig, der ihm keinerlei Extratouren gestattete, ihn sehr streng und knapp hielt. Eigentlich begreife ich nicht, daß er das ruhig ertragen und sich überhaupt hat gefallen lassen, denn wie mein Schwiegersohn mir sagte, soll er ein tüchtiger Mensch gewesen sein. Aufgeatmet muß er haben, als mein Schwiegersohn für längere Zeit zur Kur nach Bad Nauheim mußte. Auf der Rückreise von dort hat er übrigens meine Tochter kennen gelernt und sich sterblich in sie verliebt. Ich kannte ihn von früher her, als wir noch in Berlin wohnten und mein Mann im Innenministerium tätig war. Er mußte sich leider sehr früh pensionieren lassen und wir zogen nach Dahlscheidt, wo wir acht Jahre lebten. Damit Sie auch gleich wissen, was es mit der Bekanntschaft meiner Tochter und Lauffenbergs auf sich hat, sei Ihnen gesagt, daß die beiden sich als Schüler kennen lernten und sich in jugendlichem Ueberschwang zuschworen, einmal Mann und Frau zu werden. Natürlich konnte davon keine Rede sein, ich habe das nie ernst genommen und auch dafür gesorgt, daß meine Tochter in dem Kreise blieb, dem sie von Geburt zugehört.“

Fränkel mußte ordentlich aufpassen, um der schnell hervorgesprudelten Erklärung, bei der es hurtig von einem zum anderen ging, zu folgen und ihr das für ihn wichtigste zu entnehmen.

„War Ihre Frau Tochter mit der Ehe sofort einverstanden?“

„Ich weiß nicht, warum Sie mich das fragen,“ erwiderte sie ihm und zog etwas die Schultern hoch, „aber ich will Ihnen darauf antworten. Begreiflicherweise nicht, denn Strewo ist gut funfzehn Jahre älter als sie, und wenn sie sich natürlich auch immer einen reichen Gatten gewünscht, so sollte er doch ihren Jahren mehr angepaßt sein. Nachdem ich ihr jedoch klargemacht hatte, welch' ungeheurer Vorteil in dieser Verbindung lag, was sie zu ihrem Glück auch einsah, war sie zu einer Heirat entschlossen. Sie konnte ja gar nichts Besseres tun, als ja zu sagen. Wir waren nur auf die Pension angewiesen, na und von einer Pension kann man nicht leben, wenn man gewöhnt ist, ein Vermögen zu haben. Die Inflation hat es uns genommen.“

(Fortsetzung folgt.)